

Postulat von Stéphanie Vuichard, Isabel Liniger und Anna Spescha betreffend Klimanotstand in Zug ausrufen vom 11. April 2019

Die Kantonsrätinnen Stéphanie Vuichard, Zug, Isabel Liniger, Baar, und Anna Spescha, Zug, haben am 11. April 2019 folgendes Postulat eingereicht:

Die Postulantinnen Stéphanie Vuichard (ALG), Isabel Liniger (SP) und Anna Spescha (SP) fordern: Der Kanton Zug ruft den symbolischen Klimanotstand aus und anerkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe höchster Priorität.

Begründung:

Auf der ganzen Welt finden Klimastreiks statt. Jugendliche fordern den Klimanotstand und die Reduzierung des CO₂-Ausstosses auf netto null bis 2030. Unzählige Forscherinnen und Forscher unterstützen die Anliegen der Jugendlichen, allein über 20'000 aus dem deutschsprachigen Raum (siehe www.scientists4future.org).

Die Fakten sind klar: die globale Erwärmung muss unter 2°C, besser noch 1.5°C, beschränkt werden, um katastrophale Auswirkungen zu verhindern. Selbst ein Temperaturanstieg von 1.5°C hat weitreichende negative Folgen für die Menschheit. Der CO₂-Ausstoss muss spätestens bis 2050 auf netto null reduziert werden. Zusätzlich zur Reduktion des CO₂-Ausstosses sind auch Massnahmen notwendig zur erhöhten Speicherung des CO₂ aus der Luft bspw. im Boden. Der Klimawandel ist eine grosse Herausforderung, doch wir müssen jetzt handeln, bevor es zu spät ist. Deshalb ist es wichtig, dass auf allen Ebenen das Möglichste getan wird, um das Klimaziel zu erreichen.

In einigen Städten wie London, Los Angeles oder Vancouver wurde der Klimanotstand bereits ausgerufen. Diese Städte setzen damit ein Zeichen, dass sie den Klimawandel und seine schwerwiegenden Folgen wahrnehmen und handeln. Basel-Stadt hat als erster Schweizer Kanton ebenfalls den Klimanotstand ausgerufen, gefolgt von Waadt und Olten. Dies ist ein enorm wichtiges Zeichen, um sinnvolle Massnahmen gegen die Klimakrise zu ergreifen. Deshalb soll auch der Kanton Zug den Klimanotstand ausrufen und somit den Klimawandel und dessen Folgen als Krise höchster Priorität anerkennen.